

Öffentlich-rechtlicher Vertrag
zwischen der Gemeinde Gülitz-Reetz und der Gemeinde Berge
zur Durchführung der Aufgaben als Schulträger

Zwischen der Gemeinde Gülitz-Reetz

- nachfolgend -Gülitz-Reetz -

und der Gemeinde Berge

- nachfolgend -Berge-

jeweils vertreten durch den Amtsdirektor des
Amtes Putlitz-Berge Herrn Hergen Reker sowie
den Stellv. d. Amtsdirektor Herrn Peter Jonel

Aufgrund der §§ 1 bis 9 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit im Land Brandenburg vom 10. Juli 2014 (GVBl.I/14, [Nr. 32], S.2) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 19. Juni 2019 (GVBl.I/19, [Nr. 38]) i. V. m. § 106 des Brandenburgischen Schulgesetzes In der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 2002 (GVBl.I/02, [Nr. 08], S.78) zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 18. Dezember 2018 (GVBl.I/18, [Nr. 35], S.15) , hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Gülitz-Reetz mit Beschluss vom 10.12.2019 und die Gemeindevertretung der Gemeinde Berge mit dem Beschluss vom 21.04.2020 beschlossen, folgenden öffentlich-rechtlichen Vertrag zur gemeinsamen Nutzung des Grundschulstandortes Berge abzuschließen:

§ 1 Übernahme der Durchführung der Aufgaben als Schulträger (Mandat)

- (1) Gülitz-Reetz obliegt grundsätzlich gemäß §§ 100 und 104 BbgSchulG als Schulträger die Aufgabe, die notwendige Schule zu errichten, zu unterhalten und zu verwalten. Sind einzelne Gemeinden nicht in der Lage eine Schule zu führen, hat die betroffene Gemeinde die Möglichkeit, die ihr obliegende Aufgabe der Schulträgerschaft entweder als solche selbst oder aber nur die Durchführung dieser Aufgabe auf eine andere Gemeinde zu übertragen.
- (2) Berge verpflichtet sich, als Schulträger der Grundschule Berge, für die Schüler aus dem Gebiet Gülitz-Reetz, die grundschulpflichtig sind und werden, die Durchführung der Aufgaben gemäß Abs. 1 mit Wirkung ab dem Schuljahr 2020/2021 wahrzunehmen.

§ 2 Übertragung der Satzungsbefugnis

Dem Schulträger Berge wird in entsprechender Anwendung von § 7 GKG Bbg die Befugnis übertragen, gemäß § 106 Abs. 5, Ziffer 1 BbgSchulG den Schulbezirk der Grundschule Berge durch die Satzung auch auf das Gebiet von Gülitz-Reetz festzulegen.

§ 3 Schulkostenbeitrag/ Umlage

- (1) Die bei Berge entstehenden Schulkosten im Sinne dieses Vertrages werden nach den Vorschriften des § 116 BbgSchulG in Form eines jährlichen Schulkostenbeitrages auf Gülitz-Reetz umgelegt.
- (2) Unter die Schulkostenbeiträge im o.g. Sinne fallen die lfd. Ausgaben der Schule gemäß § 110 BbgSchulG.
- (3) Berge verpflichtet sich, den Schulhaushalt nach strengen Maßstäben mit Sparsamkeit zu gestalten.

§ 4 Festsetzung und Erhebung des Schulkostenbeitrages

- (1) Der Schulkostenbeitrag wird im Rahmen der jährlichen Haushaltsplanung durch Berge vorläufig festgelegt und Gülitz-Reetz schriftlich mitgeteilt.
- (2) Gülitz-Reetz verpflichtet sich, bis zum 15. Kalendertag vor jedem Quartalsende eine zu Beginn eines jeden Jahres festgelegte Abschlagszahlung zu leisten.
- (3) Nach dem Abschluss des Rechnungsergebnisses des jeweiligen Haushaltsjahres erfolgt die abschließende Abrechnung des Schulkostenbeitrages des Vorjahres. Mit der nächstfolgenden Abschlagszahlung ist ein evt. Minder- oder Überzahlungsbetrag auszugleichen.

§ 5 Kündigung

- (1) Dieser öffentlich-rechtliche Vertrag kann aus besonderen Gründen jeweils zum Ende eines Schuljahres (letzter Schultag vor Beginn der Sommerferien im Land Brandenburg) mit einer Frist von drei Monaten gekündigt werden. Anderenfalls verlängert sich der Vertrag um jeweils ein weiteres Schuljahr.
- (2) Besondere Gründe im Sinne des Abs. (1) können sein:
 - neue Gesetze und Verordnungen mit Auswirkung auf diesen Vertrag,
 - wiederholte Nichteinhaltung der vereinbarten Verpflichtungen,
 - strukturelle Veränderungen der Gemeinden,
 - Schließung der Schule.

§ 6 Schlussbestimmungen

- (1) Mündliche Nebenabreden wurden nicht getroffen. Vertragsänderungen bedürfen der Schriftform.
- (2) Sollten einzelne Bestimmungen des Vertrages unwirksam sein oder werden, wird die Gültigkeit der übrigen Vertragsbestimmungen dadurch nicht berührt. Die weggefallene Bestimmung ist durch eine Regelung zu ersetzen, welche dem wirtschaftlichen und rechtlichen Sinn der weggefallenen Bestimmung möglichst nahe kommt.

§7 In-Kraft-Treten

- (1) Dieser öffentlich-rechtliche Vertrag bedarf der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde und tritt am Tag nach der Bekanntmachung im Veröffentlichungsblatt der Aufsichtsbehörde in Kraft.

Putlitz, den 22.04.2020

Hergen Reker
Amtsdirektor

Peter Jonel
Stellv. des Amtsdirektors